

Christ droht in Afghanistan die Todesstrafe

MEDIENDIENST

Laut Pressemeldungen droht einem Mann in Afghanistan die Todesstrafe, weil er zum Christentum übergetreten ist. EVP-Nationalrat Heiner Studer wehrt sich heute Nachmittag mit einer Anfrage, wie der Bundesrat zu protestieren gedenke.

Laut den Nachrichtenagenturen sda und ap ist in Kabul ein 41-jähriger Mann zum Tod verurteilt worden, weil er zum christlichen Glauben übergetreten ist. Mit seiner Konversion habe Abdul Rahman den Islam beleidigt, führte Richter Maulawisada vom Obersten Gericht Afghanistans aus. Er könne dem Tod nur entgehen, wenn er wieder Muslim werde.

Um sich für Abdul Rahman zu wehren, hat EVP-Nationalrat Heiner Studer heute Nachmittag im Nationalrat umgehend eine Anfrage eingereicht. Er weist darauf hin, dass die Religionsfreiheit zu den zentralen Menschenrechten gehört, die weltweit einzuhalten seien. Studer will vom Bundesrat wissen, in welcher Weise dieser seinen Protest „gegenüber Afghanistan und der Weltöffentlichkeit umgehend und unmissverständlich“ formuliere.

Toleranz wird von der EVP Schweiz hochgehalten, beruht aber auf Gegenseitigkeit. So hält die EVP in ihrer letztjährigen Resolution zum Umgang mit dem Islam in der Schweiz fest, dass jede Person das Recht habe, ihre Religion frei zu wählen, aber auch ohne Diskriminierung zu wechseln. Zweitens erwarte die EVP vom Bundesrat, dass er sich für die Religionsfreiheit von Christen in islamischen Ländern einsetzt.

Die Resolution kann heruntergeladen werden unter:

http://www.evpev.ch/uploads/media/resolution_islam.pdf

Zürich, den 20. März 2006/nh

Für Auskünfte:

Nationalrat Heiner Studer: 079 445 31 70

Niklaus Hari, Kommunikationsverantwortlicher EVP Schweiz: 079 202 72 27
